Der Kommunistische Genossenschafter

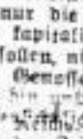
Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Mißbrauch der Konsumvereine für die SPD.

Die reformistischen Genossenschaftsführer sind aus dem [illegible] geraten. Die kommunistische Presse hatte darauf hingewiesen, daß auch die Konsumvereine beim Wahlkampf die [illegible] politisch, organisatorisch und finanziell unterstützen. [illegible] erklärte die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" für „grobe Verleumdung", die nur aus der „verbrecherischen [illegible] der „Kommunisten erklärlich" sei, „ihrer Partei die Konsumvereine dienstbar zu machen". Die Leitung der Konsumgenossenschaft „Hoffnung" in Köln hat sich sogar erdreistet, der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen eine Berichtigung zugehen zu lassen, in der frech behauptet wird, die Konsumvereine [illegible] sich einer Unterstützung einzelner politischer Parteien [illegible] streng enthalten". Demnach müßten also die reformistischen Genossenschaftsinstanzen eine Ausnahme gegenüber den Gewerkschaften und den anderen Organisationen machen.

Gewiß ist es richtig, daß nach außen hin, für jedermann sichtbar, die Hilfe der reformistischen Genossenschaftsführer für die SPD. nicht immer so offen in Erscheinung tritt, wie die der Gewerkschaftsreformisten, die aus den Gewerkschaften ganz offenkundig Filialen der SPD. gemacht haben. Aber der Unterschied zwischen den Gewerkschafts- und Genossenschaftsreformisten besteht nicht darin, daß die Genossenschaftsreformisten die SPD. nicht unterstützen, sondern daß sie nur eine andere Taktik bei ihrer Unterstützung der SPD. einschlagen. Sie versuchen nach außen hin, möglichst den Mantel der „Neutralität" und „Unterstützung keiner Partei" zu zeigen, um gleichzeitig alles zur Unterstützung der SPD. zu tun. Sie wenden [illegible] eine weit vorsichtigere, taktisch geschicktere und raffiniertere Methode der Unterstützung der SPD. an. Deshalb [illegible] auch nur in einzelnen Fällen, die Wahlhilfe für die SPD. nachzuweisen.

Die Frage der politischen Unterstützung der SPD. durch die Genossenschaftsreformisten bedarf heute keiner eingehenden Begründung mehr. Die reformistischen Genossenschaftsführer, deren [illegible] Teil noch Mitglieder der SPD. sind, befinden sich mit ihren Meinen in Uebereinstimmung mit der Politik und Taktik der SPD. Sie haben die gleiche Auffassung über die Rolle des kapitalistischen Staates und über das „Hineinwachsen" in den Sozialismus auf friedlichem Wege; nur daß [illegible] einzelne Genossenschaftsphantasten gibt, die allein die Genossenschaften in den Sozialismus wachsen wollen", [illegible] auch dieselbe Auffassung zur Politik der Bürgerblockregierung und insbesondere ihrer kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Sie haben dieselbe Einstellung wie die SPD. [illegible] Genossenschaftsreformisten zu den Preisdiktaten der kapitalistischen Monopolorganisationen usw. Erst neuerdings [illegible] sich in der Frage der Beseitigung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gezeigt, daß die Genossenschaftsreformisten wieder auf die SPD. fangen, obwohl die SPD. bei ihrer Opposition gegen den Bürgerblock bei der Verteilung der Kontingentscheine nur die Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler forderte, die einen nachweisbaren Handel mit Kontingentscheinen betrieben haben. Die reformistischen Genossenschaftsführer sind nicht aus ihrer sozialdemokratischen Haut herausgekrochen und haben den Antrag der Kommunisten, daß bei der Verteilung der Kontingentscheine nur die Gemeinden und Konsumvereine berücksichtigt werden sollen, die kapitalistischen Großhändler vollständig ausgeschaltet werden sollen, nicht unterstützt, obwohl dieser Antrag im Interesse der Genossenschaftsmitglieder und Konsumvereine liegt. Hin und wieder, wenn der Koalitionsschacher der SPD. [illegible] Reichstag die Interessen der Konsumvereine preisgab, haben [illegible] vereinzelt sozialdemokratische Genossenschaftsführer [illegible] ng der SPD. gewandt. Wir erinnern hier an [illegible] des Steuerkompromisses 1921 durch den [illegible] Konsumgenossenschaftlichen Rundschau", August [illegible] [illegible] en Parteien — einschließlich der SPD. — sagte, [illegible] Genossenschaften „kurzerhand geopfert . . ." ver[illegible]st habe". Und gerade neuerdings wird in der [illegible] dem Vorgehen des Anhalter Landtages, die [illegible] zur Zahlung von Gewerbesteuern heranzuziehen, [illegible] gerade zu verhängnisvoller Weise die ganz übermögige Theoretisiererei eines Genossenschafts-[illegible] Genossenschaftsfeinden Wasser auf die Mühlen ge[illegible] Gemeint ist hier der Sozialdemokrat Peus, der den [illegible] liefernden „die Begründung" für ihr Vorgehen ge[illegible] [illegible] jetzt, bei der Vorbereitung der Parlaments-



wahlen, werden selbst diese von einzelnen Sozialdemokraten festgestellten „Sünden" der SPD. einfach vergessen. So war es auch kürzlich bei der Thüringer Landtagswahl, wo nicht nur von einzelnen Konsumvereinen Flugblätter zur Wahl herausgegeben wurden, sondern wo sich auch die Leitung des Thüringer Unterverbandes in Erfurt mit einem Flugblatt an die Genossenschaftsmitglieder wandte. Obwohl in dem größten Teil der Flugblätter nicht offen zur Stimmabgabe für die SPD. aufgefordert wurde, waren dieselben doch so abgefaßt, daß die ganzen Schandstreiche der SPD. verheimlicht wurden und die Leser selbst den Schluß für die Stimmabgabe der SPD. ziehen sollten. So hält es jetzt auch wieder „Der Genossenschaftler" in Stuttgart, das Organ des Verbandes Württembergischer Konsumvereine, wo die Reichstags- und Landtagswahlen eingehend besprochen werden. Es wird erklärt:

„daß demgegenüber die Mitglieder der Konsumvereine nicht etwa stumm wie die Schafe dastehen bleiben, um bei den kommenden großen politischen Wahlkämpfen und ihrem Ausgang die Wirtschaftssachen bezahlen zu müssen, ist einfach Gebot der Selbsterhaltung ihrer Organisationen".

Auch dieser ganze Wahlartikel des Herrn Feuerstein ist, obwohl darin taktisch sehr geschickt operiert wird, **lediglich für die Unterstützung der SPD. geschrieben.**

Aber nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch wird die SPD. allgemein und insbesondere im Wahlkampf unterstützt. In den unzähligen **Genossenschaftsversammlungen**, den Film- und Lichtbildervorführungen, die vor den Wahlen stattfinden, wird auf irgendeine Art und Weise Reklame für die SPD. gemacht. Als Beispiel wollen wir auf die **Berliner Konsumgenossenschaft** verweisen. Als in der Generalversammlung am 17. April die Opposition eine Reihe proletarischer Genossenschaftsforderungen unterbreitete, die den Parteien zugestellt werden sollten, um ihre Stellungnahme kennenzulernen und die Genossenschaftsmitglieder zur Unterstützung der Partei aufzurufen, die ihre Forderungen unterstützt, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende Lange dies für eine **„demagogische Wahlhilfe der KPD."**, die gebührend zurückgewiesen werden müsse. Am 16. April benutzte der Sekretär der Berliner Konsumgenossenschaft die Filmveranstaltung in Köpenick zu einer Unterstützung der SPD. für die Wahlen, wenn auch seine Ausführungen vorsichtig gehalten waren.

Aber auch die **Fuhrparks, die Lastautos usw. werden in der Zeit des Wahlkampfes der SPD.** von einigen Konsumvereinen zur Verfügung gestellt, natürlich wird eine gleichzeitige Unterstützung der KPD. dabei abgelehnt. Aus der Zeit früherer Wahlen liegen genügend Beweise dafür vor. Auch eine finanzielle Unterstützung der SPD. wird durch die Konsumgenossenschaften geleistet. Wir erinnern hier an die vielen Druckaufträge, die die sozialdemokratischen Verlage erhalten, an die vielen Inserate, die in der SPD.-Presse erscheinen. Nur von einigen Konsumvereinen wird in kommunistischen Zeitungen inseriert, und Druckaufträge werden kommunistischen Verlagen von keiner Seite gegeben. Wir erinnern daran, daß selbst nach einer Angabe der Leitung des Zentralverbandes in Hamburg im Jahre 1926 etwa 585 000 Mark für „Bildungszwecke" von den einzelnen Konsumvereinen ausgegeben wurden. An wen ist die Auszahlung der Gelder erfolgt? Wir erinnern daran, daß erst kürzlich der **Dresdener Konsumverein** 20 000 Mark zur Unterstützung proletarischer Organisationen zur Verfügung gestellt hat, ohne daß bisher der Vertreterversammlung ein Plan über die Verteilung der Gelder vorgelegt wurde. Der größte Teil der Gelder ist indirekt oder direkt der SPD. zugeflossen, und um nach außen hin die „Neutralität" zu wahren, haben einige proletarische Organisationen ein paar Pfennige erhalten. Das sind nur ein paar Beispiele der legalen finanziellen Unterstützung der SPD.; über die andere Hilfe kann allgemein schlecht gesprochen werden.

Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen dafür sorgen, daß ihre Konsumvereine im Wahlkampf nicht zur Unterstützung der SPD. mißbraucht werden dürfen. Die SPD. hat noch immer die Interessen der Genossenschaftsmitglieder und der Konsumvereine dem Koalitionsschacher mit den bürgerlichen Parteien untergeordnet und preisgegeben. Deshalb muß jetzt auch von den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern nicht nur mit den Bürgerblockparteien, sondern auch mit der SPD. Abrechnung gehalten werden. Jeder proletarische Genossenschafter wählt am 20. Mai die Liste 5.

[illegible]ahre Zentralverband deutscher Konsumvereine

[illegible]ben bereits in der März-Nummer eine kurze Darstellung [illegible]r Vorgänge im Allgemeinen Verband im Jahre [illegible]geben. In der April-Nummer haben wir einen [illegible]öffentlicht, der sich mit dem Kampf gegen den Revers

Genossenschaftstag 1901 in Baden-Baden.

[illegible]handlungen um den Revers, den sächsische Kon[illegible]n Eintritt in den Allgemeinen Verband unter[illegible], wurden auf dem Genossenschaftstag 1901 in [illegible]orgeführt. In seinem Begrüßungsartikel zum [illegible]g forderte der heutige Diktator des Zentral[illegible]erich Kaufmann, die Beachtung der Minderheit.

[illegible]ann ist unser Allgemeiner Verband auf einem [illegible]grunde aufgebaut, auf dem Grunde der freien [illegible] Selbstbestimmung. Die Minderheit wird sich [illegible]ehrheit unterordnen, und die Mehrheit wird nie-**[illegible]mals, daß aus Minoritäten Majoritäten werden."**

[illegible]ossenschaftstag wandte sich der Verbandsanwalt [illegible]scharf dagegen, daß das englische System nach **„importiert" werde.** Wie sehr Ehrlich seine Worte [illegible]Unwillen der reformistischen Führer gegen **[illegible]d** Crüger erklärte

[illegible]englische System nun, die englischen Genossen**[illegible]sind nach Deutschland importiert worden,** und das[illegible], das sich in den Dienst dieses Systems gestellt hat, [illegible]enbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher [illegible]ine."

[illegible]Geschäftsbericht beschäftigte sich **Dr. Crüger** mit [illegible]schweren" Differenzen wegen des Reverses. Er wandte sich scharf gegen die sächsischen Konsumvereine und deren Verband. In der **Diskussion** sprachen von der Opposition **v. Elm, Lorenz und Kaufmann.** Elm hielt nur eine lahme Rede, in der er „freie Meinungsäußerung" forderte, den Revers für überflüssig erklärte und den genossenschaftlichen „Frieden" predigte. Auch die Rede **Kaufmanns** war sehr versöhnend. **Im Gegensatz dazu sprach Lorenz als Vertreter der sächsischen Konsumvereine sehr scharf und wandte sich gegen das „Ausnahmegesetz".** Im **Schlußwort** wies Crüger vor allem darauf hin, daß Fleißner verlange, **die Konsumvereine sollten „die sozialdemokratischen Bestrebungen unterstützen".**

Im Rahmen des Genossenschaftstages fand eine **Sonderkonferenz für die Angelegenheiten der Konsumvereine** statt, in der es wiederum zu Auseinandersetzungen kam. Von dem Verbandsanwalt waren **neue Leitsätze** für die Konsumvereine vorgelegt, in denen es im **ersten Punkt** hieß:

„Die Verfolgung **politischer Zwecke** — unmittelbar oder mittelbar — und die **Unterstützung von Klassen- und Standesorganisationen steht im Widerspruch mit den Aufgaben des Konsumvereins."**

Von Elm wandte sich gegen die Aufnahme dieses Satzes in die Leitsätze, da dadurch die Bewegungsfreiheit zu weit beschnitten würde. Nachdem **Feuerstein** ebenfalls für die Streichung eingetreten war, erklärte **Radestock**, daß dieser Satz lediglich ein „Ausnahmerecht" gegen die sächsischen Konsumvereine sei. **Dr. Crüger** erklärte, daß man aus den Konsumvereinen eine „Arbeiterbewegung" machen wolle, und das dürfe nicht sein. **Kaufmann trat für ein Kompromiß mit dem Verbandsanwalt** ein. Nachdem der Schlußsatz in den Leitsätzen einmal vorhanden sei, müsse er angenommen werden. **Dr. Crüger** beantragte dann, daß in den Leitsätzen an Stelle „politische Zwecke" — „parteipolitische Zwecke" gesetzt werden solle. **Kaufmann** setzte sich nochmals für die Annahme der Leitsätze ein, indem er erklärte:

„Betätigen wir unsere Liebe zum Allgemeinen Verband dadurch, daß wir nun den Schlußsatz des ersten Leitsatzes annehmen!"

Auf dem Genossenschaftstag in Baden-Baden endete der Kampf, den die sächsischen Arbeiterkonsumvereine gegen die Politik und den Revers des Allgemeinen Verbandes begonnen hatte, mit einem kläglichen Rückzug der Opposition vor den Diktaturmethoden Dr. Crügers. Die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder wurden durch die Vertreter auf dem Verbandstag schmählich preisgegeben.

Genossenschaftliche Streikhilfe

Wir haben in der letzten Zeit bereits von Streikunterstützungen einiger Konsumvereine — zuletzt im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik — berichtet. Beim Streik der **Metallarbeiter in Sachsen** haben wieder einige Genossenschaften Unterstützungen gewährt. Der Konsumverein **Chemnitz** stellte für seine am Streik beteiligten Mitglieder den Betrag von **30 000 Mark** zur Verfügung. Ebenso hat sich der Chemnitzer Konsumverein bereiterklärt, der **JAH.** bei allen Lebensmitteleinkäufen eine **Ermäßigung von 20 Prozent** zu gewähren. Am 26. April fand die erste Verteilung von Lebensmitteln statt, die der Konsumverein **Limbach** für die Mitglieder und deren Familienangehörigen zur Verfügung gestellt hat. Verteilt wurden bisher 7 Zentner Speck und 700 Brote à 4 Pfund. Der Aufsichtsrat des Konsumvereins **Röhrsdorf** hat beschlossen, den ausgesperrten Metallarbeitern, welche Mitglieder des Konsumvereins sind, einen **Gutschein über 3 Mark** auszuhändigen, worauf sie Waren entnehmen können.

Der Bezirkskonsumverein **Gotha** hat für einen bereits sechs Wochen währenden Kampf in Gotha dem Metallarbeiterverband ab 28. April für jedes Mitglied der Belegschaft ein Brot und ein Pfund Schmalz überwiesen. Diese Hilfe soll bis Ende des Streiks durchgeführt werden.

Die Unterstützungen der Konsumvereine **Chemnitz, Limbach, Röhrsdorf und Gotha** sind zu begrüßen. In Sachsen wird die Konsumgenossenschaftsbewegung noch stärker als in anderen Gegenden des Reiches durch die Arbeiterschaft unterstützt. Es ist deshalb die Frage zu stellen, **weshalb bisher noch nicht die anderen Konsumvereine in Sachsen eine Streikhilfe den Kämpfenden zur Verfügung stellten.** Durch einen verstärkten Druck auf die reformistischen Leitungen seitens der kämpfenden bzw. ausgesperrten Arbeiter und proletarischen Genossenschaftsmitglieder muß auch eine Unterstützung der anderen Konsumvereine erreicht werden. Die Unterstützung der Metallarbeiter durch den Chemnitzer Konsumverein ist nicht zuletzt ein Erfolg der Forderungen der im Kampf befindlichen proletarischen Mitglieder. Die reformistischen Genossenschaftsführer erklären sich nur unter dem äußersten Druck der Mitgliedschaft zu Zugeständnissen der Streikunterstützung bereit. Zu bedauern ist, daß die Unterstützungen in Sachsen nicht über die **streikführende Organisation** geleitet und zur Unterstützung aller am Kampf beteiligten Metallarbeiter zur Verfügung gestellt wurden. Ueberall, wo Wirtschaftskämpfe vorbereitet werden, müssen die proletarischen Mitglieder die Frage der genossenschaftlichen Streikunterstützung aufrollen, um noch mehr als bisher die Konsumvereine zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe heranzuziehen.

Der Wucher mit Gefrierfleischkontingentscheinen

Der Enqueteausschuß des Reichstags hat vor einiger Zeit den Wucher festgestellt, der beim Handeln mit Kontingentscheinen für das Gefrierfleisch getrieben wurde. Die ganze Presse hat über diese „Enthüllungen" des Enqueteausschusses berichtet. **Die reformistischen Genossenschaftsführer in Hamburg waren bereits seit dem Jahre 1926 von dem Wucher mit den Kontingentscheinen unterrichtet.** In seinem Bericht über die **„wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes"** hat Bältlein auf dem **Genossenschaftstag in München** 1926 darauf hingewiesen, daß die Kontingentscheine teilweise nicht an die Kundschaft abgegeben werden. Der GEG. wurde, wie **Bältlein** erklärte, ein größerer Posten Gefrierfleisch von einer Firma angeboten, die Extrageschäfte machen wollte. Diese Tatsache wurde dem Ernährungsminister mitgeteilt, der die Meldung sofort an die betreffende Firma weitergegeben hat. **Bältlein** hat sich in seiner Rede noch darüber „entrüstet", daß der Ernährungsminister der Bürgerblockregierung einen so **selbstverständlichen** Schritt getan hat. (Siehe Jahrbuch 1926, 2. Band, Seite 611.)

In dem **Bericht des Vorstandes** für den **Genossenschaftstag in Essen** 1927 wird in dem Kapitel **„Genossenschaft und Wirtschaft"**, das auch von **Bältlein** geschrieben ist, wiederum mitgeteilt, daß Kontingentscheine „mit Aufgeld" gehandelt wurden. (Siehe Jahrbuch 1927, 1. Band, Seite 129.)

Damit ist also einwandfrei erwiesen, daß **die reformistischen Genossenschaftsführer in Hamburg seit zwei Jahren von dem Wucher wußten,** der mit den Gefrierfleisch-Kontingentscheinen getrieben wurde. Nicht das Geringste wurde getan, um durch die Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Tagespresse diesen Wucher bloßzulegen und die proletarischen Genossenschaftsmitglieder in Verbindung mit den Gewerkschaften gegen diesen Wucher aufzurufen. Diese Handlungsweise der sozialdemokratischen Genossenschaftsführer darf vor allem nicht am 20. Mai bei den Parlamentswahlen vergessen werden.

Berliner Konsumgenossenschaft und Unternehmerzeitung

Der Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin stellte der Redaktion der „Vorstz-Zeitung" Bilder von den Betriebsanlagen, dem Warenhaus, den Verteilungsstellen, dem Kinderheim und der drei Vorstandsmitglieder zur Verfügung. Ausgerechnet der bekannte **Dr. Striemer** schrieb in dieser Unternehmerzeitung einen „Propagandaartikel" für die Konsumgenossenschaft und verwandte das Bildermaterial der Genossenschaft. Den Mitgliedern der Vertreterversammlung wurde dieser Artikel im Sonderdruck zugestellt. **Die reformistische Genossenschaftsbürokratie scheut sich also nicht, die Unternehmerzeitungen zu unterstützen und „interessant" zu machen, statt in der Arbeiterpresse, durch die Gewerkschaften usw. eine umfangreiche Propaganda für die Genossenschaften zu machen.**

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Hoernle, M. d. R., Berlin. — Verlag: „Rote Fahne", Gmbh., Berlin S 14, Dietrich Gerstenberg-Straße 3. — Druck: „Peuvag", Abteilung Friedrichshain-Druckerei, Berlin S 42, Kleine Alexanderstraße 28

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id495151041-19280501/1